

# Wahlkampfrituale: Die Wiederkehr des Gleichen

Gerd Weidenhausen

Die Rede von der Politikverdrossenheit ist so alt wie die repräsentative Demokratie. Sie kehrt angesichts der im »Superwahljahr 2009« im September stattfindenden Bundestagswahlen wieder wie die Litanei vom inhaltslosen Wahlkampf programmatisch ausgedünnter und zum Verwechseln ähnlicher Parteien. Dieses Krisenlamento ringt sich nicht etwa zu einer fundamentalen Analyse des Verlaufs, Wesens und Zwecks des hiesigen Wahlsystems durch, sondern belässt es regelmäßig bei Klagen über die Abgehobenheit und Volksferne der politischen Klasse,<sup>1</sup> die Langeweile des Wahlkampfes oder den zu rauen Umgangston, der zwischen den Kontrahenten herrsche. Diese Art journalistischer Begleitmusik zu den Wahlen hat es sich zur volkspädagogischen Aufgabe gemacht, der drohenden »Entpolitisierung« der Bevölkerung in Gestalt einer zunehmend zu beobachtenden Wahlmüdigkeit entgegenzuwirken. Es gilt, ein Volk, das im Falle der Wirtschaftskrise mit drohendem Zeigefinger ermahnt wird, nicht wie die streikenden und zu spürbaren Maßnahmen greifenden nachbarlichen Arbeitnehmer aus Frankreich auf die Straße zu gehen, zur gepflegten Veranstaltung der Bundestagswahlen zu motivieren. Hier darf jene Form politischer Freiheit in den vorgegebenen Bahnen geregelter Demokratie praktiziert werden, aus der die staatstragenden Parteien ihre Legitimität und Daseinsberechtigung beziehen und durch die nach außen der Anschein erweckt werden kann, man lebe in der repräsentativen Demokratie in der besten aller Welten.

## *Verschiebungen in der Wählerschaft*

Gegenwärtig wird unter anderem darüber spekuliert, ob die Große Koalition von SPD und CDU nach den Wahlen noch eine Chance habe oder durch eine nach Umfragen näher liegende

CDU-FDP-Koalitionsregierung abgelöst werde. Dabei wird mittelfristig auch die Option von Schwarz-Grün gehandelt,<sup>2</sup> während allgemeiner Konsens darüber besteht, dass die SPD als Volkspartei ihrem endgültigen Herbst entgegengeht, überhaupt die großen »Volksparteien« an die aufstrebenden Grünen, Liberalen und Linken – einschließlich der aufkommenden Piratenpartei – Stimmen abgeben müssen, so dass das Gefüge der Parteienlandschaft sich verändern dürfte.

Die klassische Dominanz der Parteienlandschaft der Konservativen (CDU), Reformier (SPD) und Liberalen (FDP), – später ergänzt durch die angeblich alternative Friedens- und Umweltpartei der Grünen, in der nebenbei alle drei »Weltanschauungen« eine bunte Mischung eingingen –, scheint der Vergangenheit anzugehören.

Überhaupt hat sich aus soziologischer Sicht die Zusammensetzung der Wählergruppen inklusive des in der Versenkung der Privatsphäre verschwundenen potenziellen Protestpotenzials verändert. Konservative sind nicht mehr zwingend wertkonservativ. Angesichts der rasant voranschreitenden Säkularisierung spielt außerdem die christliche Werthaltung, mit der das C der CDU ehemals noch locken konnte, nur noch eine marginale Rolle. Die Liberalen kämpfen heute weniger um den Schutz bürgerlicher Autonomie und Freiheitsrechte vor staatlicher Bevormundung und schnüffelnder Durchdringung der Privatsphäre denn um die Fortführung und Intensivierung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, in deren Gefolge der »mündige« Bürger in zunehmende Abhängigkeiten vom Industrie- und insbesondere vom Finanzkapital gerät. Die wahrlich verteidigungswerte Idee persönlicher Freiheit ist bei den Liberalen längst zur Idee der Freiheit zum ungehinderten Gelderwerb einer angeblichen Leistungselite verkommen. Das Überleben der »Tüchtigsten«

im Kampf um einen Platz an der Sonne hat sich – neben der mehr als fragwürdigen sozialdarwinistischen Komponente dieser Erfolgsideologie – längst als Schimäre eines Besitzwahrungsanspruchs stationärer Geldeliten erwiesen.<sup>3</sup>

Die SPD als Partei der »sozialen Gerechtigkeit« hat bekanntlich den neoliberalen Umbau der Gesellschaft bedenkenlos mitgetragen und entdeckt nur – wie immer vor Wahlkämpfen – ihr soziales Gewissen neu. Dieses schlägt aber sehr spät. Denn schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise drängten sich im Wohlstandsland Deutschland täglich hunderttausende Bundesbürger vor den Suppenküchen der Wohlfahrtsverbände, lebten über zehn Prozent der Deutschen in ständiger Armut, während die oberen zwei Prozent über 30 Prozent des Gesamtvermögens verfügten und der Mittelstand am unteren Ende zu erodieren begann. Der neue Trend in der Bruchstelle der Sozialen Marktwirtschaft geht dahin, dass sich die Geldeliten in nach außen hermetisch abgeriegelten Sonderzonen luxuriösen Dahinschwelgens vom Rest der Gesellschaft diskret separieren, ein Umstand, der im Unterschied zur Beurteilung einer gewissen Gruppe muslimischer Bewohner des Landes auffälligerweise nie die Rede von einer real existierenden Parallelgesellschaft evoziert. Während sich die einen von jeder gesellschaftlichen Gesamtverantwortung locker verabschieden können, nimmt auf der anderen Seite die gesellschaftliche Verelendung zu, und für die absehbaren Kosten und gesellschaftlichen Verwerfungen werden letztlich diejenigen, die in irgendeiner Weise dem Mittelstand angehören, in die gesellschaftliche Pflicht genommen werden.

An der soziologisch gesehen unteren Skala – und das ist auch ein Novum im gesellschaftlichen Zusammenhang der Wählergruppen – haben die neuen Unterschichten in ihrer sozialen Atomisierung »keine kollektive Zusammengehörigkeit, kein Selbstbewusstsein, keine Idee von sich selbst, keine Ressourcen für Organisation, für politische Projekte und für disziplinierte, langfristige Aktionen. Im »neuen Unten« bleiben die Einzelnen – gleichsam negativ individualisiert – für sich, netzwerkunfähig,

handlungsgehemmt und ungehört.«<sup>4</sup>

### *Der Kampf um den Mittelstand und Sinn und Funktionsweise der Wahlen*

Sollte im weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise, die nach den Wahlen im September eine gravierend ansteigende Arbeitslosigkeit bereithält, der Mittelstand in Mitleidenschaft gezogen werden, so könnte die Kritik am neoliberalen Kapitalismus genau aus jenen Schichten und Berufsgruppen kommen, die bis vor kurzem noch von ihm mitprofitiert haben: Hochqualifizierte Ingenieure, Ärzte, Informatiker, Wissenschaftler des technisch-naturwissenschaftlichen Bereichs und all jene, deren Privilegien schwinden und die das theoretische Rüstzeug haben, um einsehen zu können, wie und auf wessen Kosten der neue Kapitalismus der Geldeliten funktioniert. Die Autoren Johanna Klatt und Franz Walter bewerten dieses potenzielle Protestpotenzial so: »Solche ausgebremsen Gegeneliten sind stets die Fahnenträger, Ideenlieferanten und Organisatoren großer sozialer Unmutsbewegungen. Und immer ist es eine verbarrikierte Zukunft, sind es frustrierte Hoffnungen, die Gegeneliten in das Bündnis mit den Schwachen treiben – nicht Philanthropie oder Altruismus. Die Soziologen sprechen in solchen Fällen nüchtern von einer Statusinkonsistenz, also von der Diskrepanz zwischen hohem Leistungspotenzial und geringer gesellschaftlicher Position, welche die Revolte nährt.«<sup>5</sup>

Von einer Revolte ist aber in Deutschland, im Unterschied zu unserem französischen Nachbarn, auch bei Verschlechterung der Wirtschaftslage und der absehbaren Erosion des Mittelstandes, nicht auszugehen. Vielmehr dürfte sich das Unbehagen an den Kollateralschäden eines Systems, das primär die Herren des Geldes bedient, in diversen Ersatzhandlungen bis hin zu psychischen Selbstbelastungen entladen. Dennoch wird von den Parteien um diese frustrierten Wählerschichten der »Gegenelite« besonders gebuhlt werden, enthalten sie doch das Potenzial zu einer Gegenöffentlichkeit, die politische Gemeinplätze und Augenschereien zu entlarven vermag. Auch gilt es, dem Trend

genau jener Schichten zur massiven Auswanderung aus Deutschland entgegenzusteuern, gehen damit der Gesellschaft doch wesentliche Teile der Leistungselite verloren.

Klar bleibt: Die Basisregeln der repräsentativen Demokratie mitsamt ihren formalisierten demokratischen Verfahrenweisen stehen nicht zur Debatte. Das ist dann besonders verständlich, wenn man einsieht, dass die demokratischen Wahlen, auf die der freie Westen so stolz ist und die er für die ultima ratio des Demokratiemodells hält, die Notwendigkeit einer Neugliederung der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen verhüllen und letztlich verhindern. Dabei sind die repräsentativen Wahlen auf politischem Gebiet das, was der Lohn auf ökonomischem Gebiet ist: Sie erzeugen die Illusion von Freiheit und Selbstständigkeit. Im politischen Bereich handelt es sich um die vergleichende politische Wahlfreiheit zwischen den vorgegebenen Angeboten der um die Gunst der Wahlklientel konkurrierenden Parteien, die die Einsicht vernebelt, dass der Wähler durch den Akt der Wahl eines »Volksvertreters« letztlich seine politische Autonomie delegiert. Auf ökonomischem Gebiet suggeriert der Griff in die Lohntüte, durch den im Konsumtionsbereich der vergleichende Wahlakt zwischen käuflichen Konsumartikeln in Gang gesetzt wird, die Illusion wirtschaftlicher Autarkie. Gleichsam verhüllt die Veräußerung des Lohns im Freizeitbereich, der im Rahmen der »Spaßkultur« das Gegenbild zur »Stress- und Leistungskultur« im Arbeitsbereich bereithält, die Zwangsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt mitsamt dem Umstand, dass man als »Arbeitnehmer« seine Arbeitskraft an den »Arbeitgeber« zu verkaufen hat, um existieren zu können. An diesen Verblendungszusammenhängen wird nicht gerüttelt, am wenigsten von den Parteien. Sie und diverse Interessengruppen leben von ihnen.

Dass zudem Parteien regelmäßig ihre Wahlversprechungen schon am Wahlabend revidieren, dass sie dem politischen Gegner all das vorwerfen, was sie selbst sind und tun, dass ihre hehre Fraktionsdisziplin einschließlich interner Abstimmungen gelegentlich Züge annimmt, die an die Praxis der so arg gescholtenen Einheits-

partei SED des Auslaufmodells DDR erinnern, all das hindert den Wähler nicht daran, das demokratische Prozedere bzw. Wahlspiel in der Hoffnung mitzuspielen, auch etwas vom Verteilungskuchen abzubekommen. Der Wähler wählt, auch wenn er weiß, dass die repräsentative Demokratie – bei allen ihren Vorzügen – vielleicht nicht die beste aller Welten ist. Er durchschaut das Spiel und spielt trotzdem seinen Part in diesem Spiel mit seinen streng vorgegebenen Rahmenbedingungen und Regeln mit. Er ist ganz Staatsbürger.

An dieser Stelle ist der gängige Vorwurf an die Parteien und die politische Klasse, ohne Vision oder große Entwürfe einer besseren zukünftigen Welt lediglich das politische Alltagsgeschäft zu verwalten und zum phantasielosen Exekutor des Sachzwangs zu verkommen, auch an die Wähler zu richten: Deren Pragmatismus spiegelt sich lediglich bei den politisch Verantwortlichen wieder. Deren Wunsch auf Erfüllung ihrer Partikularinteressen wird von den Parteien (pars = Teil), deren eigentlicher Zweck eben die Bedienung von Sonderinteressen diverser Gruppen ist, lediglich bedient. Dieses reziproke Modell geht dann vollends auf, wenn das Nullsummenspiel weiterhin so abläuft, dass der Wähler von den politisch gewählten Repräsentanten als den Experten vom Fach das erwartet, was er sich selbst nicht zutraut und folglich delegiert: Die autonome politische Selbstgestaltung. Somit endet politische Autonomie im radikalen Sinne dort, wo die repräsentative und indirekte Demokratie beginnt: Bei den Wahlen, wie wir sie kennen. Politische Autonomie begäbe dort, wo die Bedingungen für eine Direkte Demokratie geschaffen würden.

### *Die Wahl zwischen Selbst- und Fremdbestimmung*

Man kann gegen das Vorgebrachte gewiss mit einigem Recht einwenden, die parlamentarische Form der repräsentativen Demokratie habe sich historisch bewährt und sei im Vergleich mit autokratischen oder diversen Formen diktatorischer Systeme als Erfolgsmodell zu werten. Das wird hier gar nicht in Abrede gestellt, ist aber auch nicht das hier zur Verhandlung an-

stehende Thema. Dieser Einwand wird gerne geltend gemacht, um im Verlangen, den status quo zu erhalten, eine nüchterne Analyse und Bestandsaufnahme des unhinterfragt Bestehenden zu umgehen. Außerdem kann Demokratie, wenn nicht stationär, sondern als Prozess begriffen, nie ein abgeschlossenes Projekt sein, das – wie im angloamerikanischen Selbstverständnis – als beste aller denkbaren Welten an sein ideales Ende gekommen sein soll. Bei einem derart hybriden Selbstverständnis bekundet sie im Kern einen Totalitätsanspruch und läuft, wie an den betroffenen Gesellschaften auch beobachtbar, auf eine bestimmte Form der Post-Politik hinaus, die der slowenische Sozialphilosoph Slavoj Žižek folgendermaßen charakterisiert: »In der Post-Politik wird der Konflikt der globalen ideologischen Entwürfe, die sich in unterschiedlichen Parteien verkörpern, die um die Macht kämpfen, durch die Kollaboration aufgeklärter Technokraten (Ökonomen, Spezialisten der öffentlichen Meinung ...) mit liberalen Multikulturalisten ersetzt, über den Prozess der Aushandlung der Interessen wird ein Kompromiss in der Gestalt eines mehr oder weniger allgemeinen Konsensus erreicht ... Die beste Formel für dieses Paradox der Post-Politik stellt möglicherweise Tony Blairs Charakterisierung der New Labour als ›radikaler Mitte‹ dar.«<sup>6</sup> Derartige und andere Versuche des technokratischen Erhalts des status quo betrachten Politik und Demokratie nicht mehr als offenes Projekt, das »Unmögliches« möglich zu machen, nämlich die politische Selbstbestimmung der Menschen zu erringen, sondern sie dienen dazu, diese im Nebel scheinbarer Kompromisse einer herbeigereichten Mitte und eines lauen Kompromisses zu verhindern.<sup>7</sup>

Die Wahlen bestehen in der repräsentativen Demokratie, die noch nicht einmal in wesentlichen Dingen eine Volksabstimmung vorsieht, letztlich also nur in der Zustimmung zu der später über das Wahlvolk verhängten Politik. In ihnen delegiert der Bürger seine potenzielle Mitgestaltungsmöglichkeit an die gewählten Vertreter, die, wie die Beispiele der an den Parlamenten größtenteils vorbeilaufenden Bankenrettungsaktionen oder des mehrheitlich

vom Volk abgelehnten Afghanistankrieges eindrucklich belegen, sich eben nur bedingt dem Volkswillen gegenüber verpflichtet fühlen.

Der Wählerwille, der vom Staat in Gestalt der für die Parteien und Kandidaten abgegebenen Stimmen gemessen werden kann, impliziert also einen freiwilligen Gewaltverzicht der Bürger zugunsten der angeblich diesen Wählerwillen vertretenden politischen Klasse. Der Wähler macht sich durch die mit der Wahl verbundene Delegation seines politischen Willens und seiner Macht an Volksvertreter zum Objekt der Staatsgeschäfte, die an ihm vollzogen werden. Es bleibt die Zuschauerdemokratie oder das begrenzte Engagement auf kommunaler Ebene. Es bleibt außerdem der schwache Trost, die Regierung selbst gewählt zu haben, mit der man spätestens dann, wenn sich die Wahlversprechungen zunichte gemacht haben, auch unzufrieden sein darf.

Umgekehrt wird von Parteienseite jedem das versprochen, was er jeweils für sich erwartet, so als bestünde der Staatshaushalt aus einem Selbstbedienungsladen, bei dem jede gesellschaftliche Gruppe auf ihre Kosten kommen könne. Dass dem doch nicht so ist, beweisen dann die kurz nach dem Wahlabend seitens der politischen Klasse auf die staatsbürgerliche Einsicht des Wahlvolks rechnenden Appelle, dass die divergierenden Ansprüche nur dann einigermaßen realisiert werden können, wenn alle unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen Abstriche machen. Diese sollen sich also mit der Politik in der Kunst des Möglichen üben und das Wahlkampfgeschwätz als solches auch betrachten lernen und es dann angesichts vorliegender Sachzwänge schnellstens vergessen, bis zum nächsten Mal.

### *Wie steht es um Parlament und Streitkultur?*

In der parlamentarischen Demokratie – und das ist, bei aller Repräsentanz, eigentlich auch eine ihrer Stärken – ist die Exekutive den Parlamentsbeschlüssen unterworfen. Seit neuestem wird diese Praxis aber schleichend ausgehöhlt. Immer fraglicher scheint, wie weit der Wille der Allgemeinheit im Parlament noch ange-

messen vertreten wird. Als Beispiele mögen die Einzelheiten des riesigen staatlichen Bankenstützungsprogramms dienen, die völlig am Bundestag vorbeiliefen. Generell lässt sich eine Tendenz der Auslagerung wesentlicher Politikbereiche aus dem Parlament feststellen. Damit geht eine Ausdünnung parlamentarischer Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten einher. Im Rahmen der Vorherrschaft neoliberalen Denkens ist diese Aufweichung parlamentarisch-demokratischer Befugnisse besonders in der Geld- und Währungspolitik virulent. Dass die Bundesbank und Europäische Zentralbank (EZB) als »politikfreie« Zonen staatlichem und parlamentarischem Einfluss entzogen wurden, verkennt den ungeheuren Einfluss der Geld- und Währungspolitik auf die Wachstums- und Beschäftigungslage im Land. Ähnliches ließe sich in Bezug auf die Außenpolitik anmerken, die in Gestalt des Bundeswehreinsetzes im Krieg in Afghanistan in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung stößt, ohne dass das Parlament darauf reagierte. Im Gegenteil, es hält die Bevölkerung in dieser Frage für unkundig und hält eine Sorte von Aufklärung für notwendig, auf die die Deutschen im 21. Jahrhundert, mit den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts im Rücken, gerne verzichten können.

All die genannten Themen werden voraussichtlich in dem staatlich von Steuergeldern finanzierten Wahlkampf, der aus dem Sommerloch heraus gerade mühsam anrollt, nicht oben auf der Agenda stehen. Wen wundert es, dass diesem Ritual durch journalistische Beihilfe die Fiktion eines »heißen« und alles entscheidenden Wahlkampfes verliehen wird, handelt es sich dabei doch um nicht mehr als die Simulation einer schon vor langem zu Grabe getragenen Streitkultur, die diesen Namen auch verdient.

1 P. Dausend/H. Sussebach: *Draußen im Lande*, in: *Die Zeit* – Dossier, 6. August 2009.

2 Klaus-Peter Schöpfer: *Schwarz-Grün ist die Zukunft*, in: *Cicero*, 8/2009.

3 Sehr plastisch fällt diesbezüglich der Erlebnisbericht des *Spiegel*-Bestsellers von Julia Friedrich aus: *Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von morgen*, Hamburg 2008. Die Quintessenz des Buches: Die angeblichen Leistungseliten teurer Privatuniversitäten, die dort als Studiosi ihre angemessene Zurichtung als Führungspersonal Marke »mit Deutschland geht es voran« erhalten, sind im Grunde Sozialeliten, das heißt auf der Geldbasis ihrer Erzeuger beruhende Erbeliten. Das wird auch sofort an dem intellektuellen Niveau der betuchten studentischen Nachkommenschaft aus höherem Hause kenntlich, das im Buch mehrfach durch Direkt-Zitate zu Worte kommt.

4 Johanna Klatt/Franz Walter: *Implosion des Politischen. Deutschland im Krisenwahljahr*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2009, S. 9.

5 Dies., S. 10.

6 Slavoj Žižek: *Ein Plädoyer für Intoleranz*, Wien 2003, S. 36.

7 Ders., S. 28/29: »In genau diesem Sinne sind Politik und Demokratie synonym: grundsätzliches Ziel antidemokratischer Politik ist und war der Definition gemäß immer die Entpolitisierung, das heißt die bedingungslose Forderung, dass die Lage sich wieder normalisieren soll und jedes Individuum wieder seinem oder ihrem partikularen Geschäft nachgehen soll.«